



Motion Nr. 336 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 21. Mai 2012

Landwirtschaft in der Stadt Luzern

Auf dem Gebiet der Stadt Luzern hat die Zahl der Bauernhöfe nach der Fusion mit Littau zugenommen. Bisher wurde diese neue Situation politisch kaum diskutiert. Der Stadtrat hat sich bisher nur in der Gesamtplanung unter dem Kapitel 6.4, „Liegenschaften des städtischen Finanzvermögens“, dazu geäussert und zwar folgendermassen:

„In Landwirtschaftsbetriebe wird nur zurückhaltend investiert, und bei grösserem Sanierungsbedarf sind die Eigenleistungen der Pächter einzuverlangen. Ist diese in der Gesamtplanperiode 2012–2016 nicht möglich, ist anstelle einer Investition die Veräusserung einzelner Landwirtschaftsbetriebe zu prüfen.“

Diese Aussage stimmt uns nachdenklich. Wir finden, der Stadtrat sollte sich Gedanken machen zur Zukunft der Landwirtschaftsbetriebe und zwar im Allgemeinen sowie im Speziellen. Einige Landwirtschaftsbetriebe gehören der Stadt Luzern, stehen aber auf fremden Boden (Eigentum), andere sind auf Stadtboden, gehören der Stadt und sind Teil des Finanzvermögens, und wieder andere sind Betriebe im privaten Besitz auf dem Boden der Stadt Luzern. Die Bauernhöfe, die mit der Fusion mit der Bürgergemeinde und mit Littau ins Eigentum der Stadt übergegangen sind, brauchen eine gesicherte Zukunft. Der Siedlungsdruck und die Finanzlage der Stadt Luzern dürfen nicht dazu führen, dass die Existenz dieser Betriebe gefährdet wird.

Die Stadt braucht neben den bestehenden Parks und den grünen Kuppen zusätzliche Naherholungsgebiete. In der Nähe der Stadt einen landwirtschaftlichen Betrieb zu leiten ist eine grosse Herausforderung, da das Nebeneinander von Erholungsgebiet und landwirtschaftlicher Nutzung einige Konfliktpunkte birgt.

Wir fordern den Stadtrat auf, eine kurz-, mittel- und langfristige Strategie für die Landwirtschaft im städtischen Besitz und auf städtischem Gebiet zu entwickeln. Gleichzeitig soll er aufzeigen, wie er raumplanerisch sicherstellen kann, dass auf dem Littauerberg kein Landwirtschaftsland eingezont wird. Selbstverständlich sollen die betroffenen Bauern und Bäuerinnen in die Erarbeitung dieser Strategie einbezogen werden.

Katharina Hubacher
namens der G/JG-Fraktion